

## Kurz und bündig

- Im ersten Quartal 2009 ist die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland mit einem Minus von knapp sieben Prozent regelrecht abgestürzt.
- Vor allem die Ausrüstungsinvestitionen und die Exporte sind massiv zurückgegangen. Deshalb trifft Deutschland die Krise besonders hart.
- Für 2009 wird ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion von fünf bis sechs Prozent erwartet.
- Bisher wird der Produktionsrückgang zum großen Teil über Kurzarbeit aufgefangen. Für nächstes Jahr allerdings ist ein kräftiger Anstieg der Arbeitslosigkeit zu befürchten.
- Erforderlich ist ein Konjunkturpaket III. Die bisherigen Konjunkturpakete der Bundesregierung sind zu klein dimensioniert.
- Die M+E-Industrie wird durch die Krise besonders hart getroffen. Im April 2009 war die M+E-Produktion um 30 Prozent geringer als ein Jahr zuvor.
- Die gesamte Weltwirtschaft ist von der Krise erfasst. Zum ersten Mal seit 80 Jahren wird die weltweite Wirtschaftsleistung schrumpfen. Noch stärker geht der Welthandel zurück.
- Die Talfahrt scheint sich allmählich dem Ende zu nähern. Ein schnelles Ende der Krise ist allerdings nicht zu erwarten. Die dafür notwendigen Auftriebskräfte sind nicht zu erkennen. Die IG Metall rechnet nur mit einer langsamen Erholung.

### Autoren:

Ulrich Eckelmann, Wilfried Kurtzke,  
Martin Krämer, Margit Köppen

## Schnelles Ende der Krise nicht zu erwarten Wirtschaftliches Umfeld im Juni 2009

**Die Kombination von Finanzmarktkrise, zyklischer Konjunkturkrise und Strukturkrise in einzelnen Branchen hat zu einem beispiellosen Einbruch der Wirtschaftsleistung geführt. Diese Krise hat die ganze Welt erfasst. Deswegen trifft die stark exportorientierte deutsche Ökonomie die Krise ganz besonders hart. Dramatische Einbrüche bei den Ausfuhren und den Investitionen treffen besonders die M+E Industrie. Noch gibt es keine belastbaren Anhaltspunkte für ein schnelles Ende der Krise.**

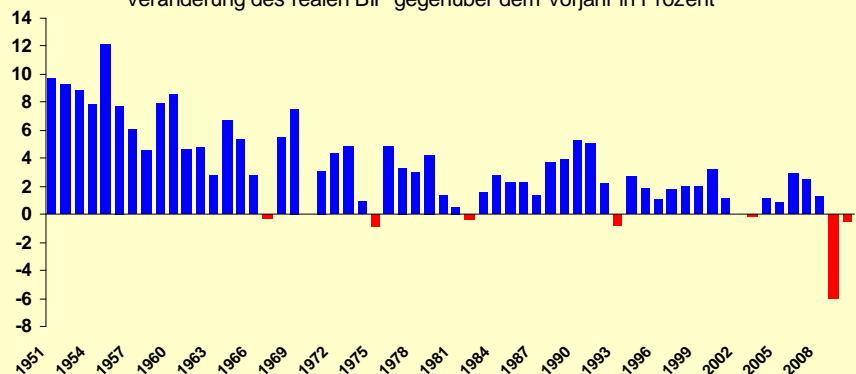
Oft wird der Vergleich mit der großen Depression Anfang der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts gezogen. Doch Geschichte wiederholt sich nicht. Damals hatten die Regierungen mit einer völlig verfehlten Politik die Krise verschärft: Die Staatsausgaben wurden zurückgefahren, Banken und Unternehmen ließ man zusammenbrechen.

Heute wird eine andere Politik betrieben. Weltweit wurden Konjunkturprogramme aufgelegt, die Staaten verschulden sich, die Notenbanken sorgen für eine reichliche Liquiditätsversorgung, Banken werden vor der Insolvenz bewahrt und teilweise verstaatlicht. Auch wenn das Volumen der verschiedenen Maßnahmen noch ungenügend ist, wird so ein Abgleiten in eine große Depression verhindert.

Allerdings wurden damals die Lehren aus der Krise gezogen und die Finanzmärkte streng reguliert. Heute ist da bislang noch wenig passiert. Die Vorschläge auf dem G-20-Gipfel blieben weit hinter den Forderungen der IG Metall zurück, ihre Umsetzung bleibt fraglich.

### Schwerste Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik

Veränderung des realen BIP gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, alle Zahlen vor 1992 wegen diverser statistischer Änderungen nur bedingt vergleichbar, Zahlen für 2009 und 2010 Frühjahrsprognose der Institute



# 1. Krise heftiger als von den Instituten erwartet

## Konjunkturabsturz im ersten Quartal 2009

Noch nie waren wir in den vergangenen 50 Jahren mit einer so schweren Krise konfrontiert. Zwar wuchs die Wirtschaft 2008 noch um 1,3 Prozent, doch im Jahresverlauf kam es zu einem beispiellosen Rückgang der Wirtschaftsleistung. Von einem noch kräftigen Wachstum im ersten Quartal ging es um fast fünf Prozentpunkte abwärts zu einem kräftigen Einbruch des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Im ersten Quartal 2009 kam es zu einem regelrechten Absturz mit einem Rückgang des BIP um fast sieben Prozent.

**Reales Wachstum 2008/09**  
(kalenderbereinigt gegenüber dem Vorjahr in %)

	1. Vj 08	2. Vj 08	3. Vj 08	4. Vj 08	1. Vj 09
<b>BIP</b>	2,9	2,0	0,8	-1,8	-6,9

Quelle: Statistisches Bundesamt

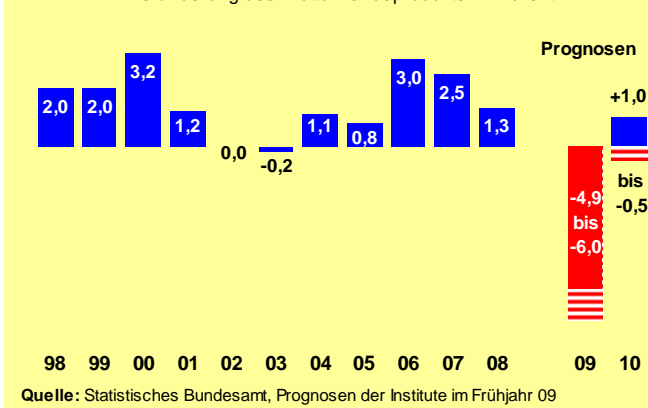
## Prognosen nach unten korrigiert

Die wirtschaftlichen Aussichten für dieses Jahr sehen düster aus. Der im vierten Quartal letzten Jahres begonnene kräftige Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Produktion setzt sich verstärkt fort. Wie erwartet haben alle Wirtschaftsforschungsinstitute in den letzten Monaten ihre Prognosen kräftig nach unten korrigiert. Die Krise ist noch heftiger, als bisher von den Instituten befürchtet worden war.

Die aktuellen Prognosen erwarten einen **Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten von 4,9 bis 6,0 Prozent**. Das gesamte Spektrum der Prognosen jenseits der Institute ist noch breiter. Die negativste Einschätzung vertritt die Commerzbank, die ein Schrumpfen des BIP von **bis zu sieben Prozent** erwartet. Wir befinden uns im Abwärtsstrudel eines sich selbst verstärkenden Abschwungs.

## Stärkster Einbruch der Wirtschaftsleistung seit 80 Jahren

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozent



Gerade die Situation, dass fast zeitgleich alle Staaten in die Krise rutschen, belastet den Welthandel und damit

auch die deutschen Ausfuhren. In nahezu allen Ländern der Weltwirtschaft werden derzeit die Investitionen zurückgefahren.

Wegen der Spezialisierung der deutschen Industrie auf die Produktion von Investitionsgütern trifft die Bundesrepublik Deutschland die Krise weitaus härter als andere Staaten.

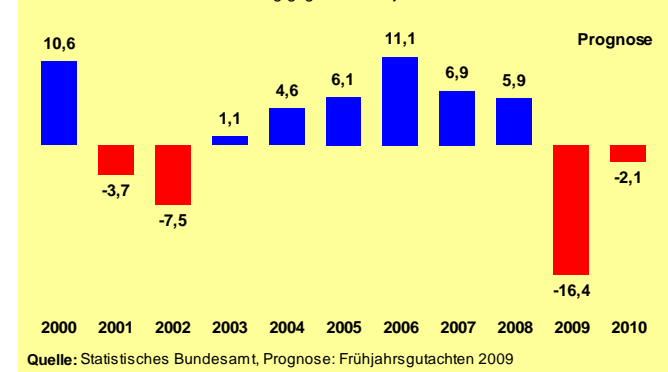
## Nachfragekomponenten

Die **Exporte** – insbesondere von Investitionsgütern – sind im freien Fall. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage in allen Weltregionen wird sich im Laufe dieses Jahres daran auch kaum etwas ändern.

Zudem korrigiert - wegen der immer schwächeren Auslastung der Produktionskapazitäten - auch die heimische Industrie ihre Investitionsvorhaben immer weiter nach unten und belastet damit die **Investitionsgüter-nachfrage**. Das führt zu einem weiteren Rückgang von Nachfrage und Industrieproduktion.

## Ausrüstungsinvestitionen stürzen ab

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Der **private Konsum** war bereits über den gesamten Aufschwung hinweg extrem schwach, er wird in der Krise weiter schrumpfen und kann damit die wirtschaftliche Lage nur wenig stabilisieren. Unter diesen Bedingungen hält die IG Metall die negativen Prognosen der Institute für sehr realistisch.

## Nachfragekomponenten 2009/10

Reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2009	2010
Private Konsumausgaben	0,3	-1,2
Staatskonsum	2,3	2,0
Anlageninvestitionen	-8,7	0,4
drunter: Ausrüstungen	-16,4	-2,1
Bauten	-3,9	1,9
Exporte	-22,6	2,4
Importe	-13,3	1,9
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>-6,0</b>	<b>-0,5</b>

Quelle: Gemeinschaftsdiagnose der Institute (23.04.09)

Bis auf den **Staatskonsum**, der durch die Wirkung der automatischen Stabilisatoren (krisenbedingte Minder-einnahmen und Mehrausgaben) wächst, schrumpfen alle Komponenten des BIP. Am stärksten trifft es die **Ausrüstungsinvestitionen**, die in der Gemeinschaftsdiagnose der Institute um 16,4 Prozent schrumpfen und

die **Exporte**, die sogar um 22,6 Prozent zurückgehen. Weil die Importe nicht so stark schrumpfen, setzt der kräftig sinkende Außenbeitrag (Exporte minus Importe) einen negativen Wachstumsimpuls von 5,2 Prozentpunkten der gesamten Wirtschaftsleistung.

Im Ergebnis erwartet die IG Metall in diesem Jahr einen Einbruch des Bruttoinlandsprodukts von fünf bis sechs Prozent.

### Konjunkturpakete entlasten kaum

Derzeit sind keine Aufschwungkkräfte zu erkennen, die zu einem schnellen Ende der Krise führen könnten. In diesem Jahr ist keine nennenswerte Belebung der Konjunktur zu erwarten. Zwar zeigen einige Stimmungsindikatoren, wie der ZEW-Index und die Ifo-Erwartungen, verbesserte Einschätzungen zur wirtschaftlichen Entwicklung an, aber daraus lässt sich noch längst keine konjunkturelle Trendwende ableiten. Abgesehen von der relativen Unzuverlässigkeit insbesondere des auf Einschätzungen der Finanzmarktanalysten basierenden ZEW-Index, bewegen sich beide Indizes noch auf einem extrem niedrigen Niveau.

Seit einiger Zeit steigen auch die Aktienkurse wieder an. Manche sehen darin ein Indiz für eine schnelle wirtschaftliche Erholung. Tatsächlich handelt es sich eher um neu einsetzende Spekulationswellen, die durch die realwirtschaftlichen Fakten nicht gedeckt sind. Inzwischen zeigt die Kursbewegung wieder nach unten.

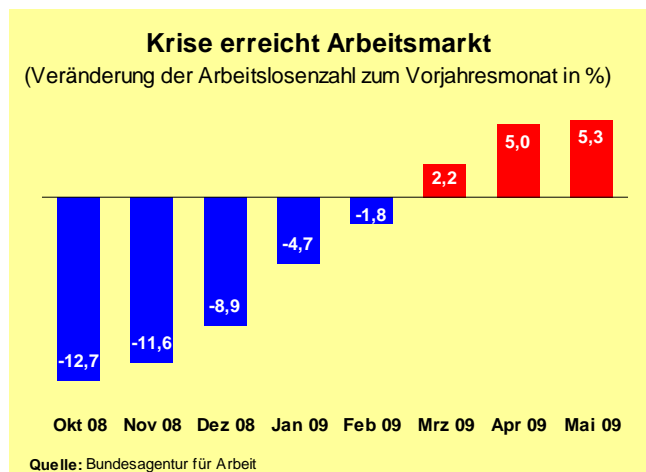
Die Bundesregierung versucht, Impulse gegen die Krise zu setzen. Die jetzt von den Prognosen erstmals berücksichtigten **Konjunkturpakete der Bundesregierung haben den wirtschaftlichen Fall nicht aufhalten**, ja nicht einmal entscheidend abfedern können. Das ist auch kein Wunder. Die Konjunkturpolitik insgesamt (Konjunkturpaket I, die Rückerstattung der Pendlerpauschale und vor allem das Konjunkturpaket II) sollen nach IMK (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung) und IWH (Institut für Wirtschaftsforschung Halle) 2009 einen Wachstumseffekt von 0,6 Prozent des BIP entfalten. Für kommunale Investitionen sind bisher noch fast keine Mittel abgeflossen. Einige Elemente der Konjunkturpakete, vor allem die Umweltprämie und die verbesserten Bedingungen für Kurzarbeit, haben sich allerdings als ausgesprochen wirksam erwiesen.

Auch wenn die Wachstumsimpulse im nächsten Jahr stärker ausfallen, genügt das angesichts der Schwere der Krise nicht, eine möglichst schnelle Wende herbeizuführen. **Ein Konjunkturpaket III ist notwendig.** Vor allem die öffentlichen Investitionen sind bei den Konjunkturmaßnahmen noch unterbelichtet. Sie beziffern sich auf gerade einmal 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Paul Krugman, Nobelpreisträger für Ökonomie, fordert vier Prozent.

### Perspektiven 2010

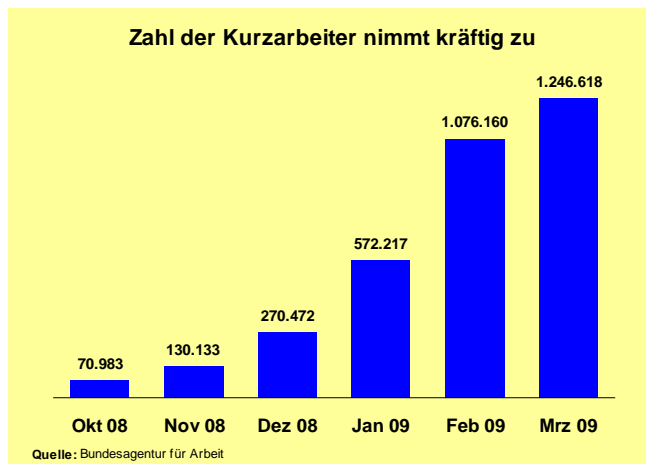
Die Institute erwarten für 2010 eine gewisse Stabilisierung. Das ist realistisch. In einigen Ländern zeigen sich erste Signale für eine leichte Belebung, auch die industrielle Produktion in Deutschland scheint den Boden der Krise allmählich zu erreichen. Angesichts eines erheblichen

Basiseffektes – die wirtschaftliche Leistung bewegt sich dann weiter auf dem niedrigen Niveau dieses Jahres – ist dies kein Grund zur Entwarnung. Die IG Metall erwartet auch für nächstes Jahr nur eine langsame Erholung der wirtschaftlichen Aktivitäten.



### Arbeitsmarkt

Die Krise wird auch auf den Arbeitsmarkt durchschlagen. Seit März diesen Jahres steigen die Arbeitslosenzahlen gegenüber dem Vorjahr an. Aus dem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts und einer - krisenbedingt - leicht negativen Produktivitätsentwicklung ergibt sich bis 2010, nach Einschätzung der Gemeinschaftsdiagnose, ein Rückgang des **Arbeitsvolumens** um 6,7 Prozent.



Derzeit wird ein erheblicher Teil des rückläufigen Arbeitsvolumens durch Kurzarbeit aufgefangen. Im März 2009 arbeiteten 1,2 Millionen Arbeitnehmer kurz, so dass die Beschäftigung bislang kaum zurückging (-0,5% seit Oktober 2008). Entlassungen hat es insbesondere im Bereich der Leiharbeit gegeben. Im Verlauf des Jahres wird sich der Beschäftigungsabbau allerdings erheblich beschleunigen. Das IMK erwartet, dass im Herbst die Zahl der **Arbeitslosen** erstmals wieder die Marke von vier Millionen überschreiten wird.

Aufs gesamte Jahr gerechnet ist mit einem Anstieg der Zahl der Arbeitslosen gegenüber 2008 um bis zu 400.000 auf etwa 3,7 Millionen zu rechnen.

**Die volle Wucht der Krise wird auf dem Arbeitsmarkt im nächsten Jahr zu spüren sein**, wenn der Produktionsrückgang kaum noch durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aufgefangen wird. Die Prognosen erwarten eine Zunahme der Arbeitslosigkeit auf bis zu 4,6 Millionen Personen. Die Arbeitslosigkeit wird dann wieder ein ähnliches Ausmaß wie vor dem letzten Aufschwung erreicht haben.

### Finanzpolitik - Neuverschuldung

Genauso wie der Arbeitsmarkt reagieren auch die öffentlichen Finanzen mit zeitlicher Verzögerung auf die Krise. Neben den Krisenkosten kommen hier noch die Folgen der Unternehmensteuerreform dazu. War der öffentliche Gesamthaushalt 2008 noch nahezu ausgeglichen, ist in diesem Jahr mit einer massiven Zunahme der **Neuverschuldung** zu rechnen. Die Maastricht-Kriterien, nach denen eine Neuverschuldung in Höhe von maximal drei Prozent des BIP zulässig ist, werden nach Auffassung der IG Metall nicht eingehalten. Das IMK rechnet mit einem Defizit von 3,7 Prozent. Für 2010 liegen die Prognosen bei einem Defizit zwischen vier und sechs Prozent. In der Finanzmarktkrise, etwa der Beseitigung fauler Papiere aus den Bankbilanzen, liegen aber noch erhebliche zusätzliche finanzielle Risiken für die öffentlichen Haushalte, die derzeit nicht zu beziffern sind.

**Politisch ist es richtig, ein solches Defizit zuzulassen** (automatische Stabilisatoren). In die Krise hinein zu sparen ist zwecklos und würde die Krise noch erheblich verschärfen.

Zusätzliche Nachfrage kann derzeit nur durch Verschuldung generiert werden. Ein anderes Finanzierungsinstrument steht kurzfristig nicht zur Verfügung. Das zeigt, wie problematisch die gerade beschlossene „Schuldenbremse“ ist. Zukünftige Konjunkturpolitik wird damit erheblich erschwert. Langfristig muss das Defizit jedoch durch eine andere Steuerpolitik aufgefangen werden, bei der vor allem diejenigen belastet werden, die am Boom am meisten verdient haben.

## 2. Krise belastet Metall- und Elektroindustrie sehr stark

Durch die weltwirtschaftliche Krise wird die deutsche Metall- und Elektroindustrie überdurchschnittlich schwer getroffen. Stark rückläufige Investitionen im In- und Ausland, die sich in rückläufigen Bestellungen bemerkbar machen, schwächen dieses wichtige Segment der deutschen Industrie sehr stark. Die Prognosen für die Metall- und Elektroindustrie sind so schlecht wie noch nie.

### Einbruch bei den Bestellungen

Der **Auftragseingang**, einer der wichtigsten Frühindikatoren, ist seit dem dritten Quartal 2008 in Folge rückläufig. Seit sieben Monaten fällt der Auftragseingang im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zwischen 21 Prozent (Oktober) und vierzig Prozent (Februar, April).

Im gesamten Jahr 2008 sind die Bestellungen um 6,8 Prozent zurückgegangen. Im vierten Quartal 2008 (-26,5%) und besonders im ersten Quartal 2009 (-35,4%)

verschärfte sich der Rückgang gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum deutlich. Die Aufträge aus dem Ausland gingen stärker zurück als die inländischen Bestellungen.

**Auftragseingang in der M+E-Industrie im April 2009**  
Veränderungen gegenüber dem Vorjahresmonat in Prozent

	Insgesamt	Inland	Ausland
<b>Metall- und Elektroindustrie</b>	<b>-39,5</b>	<b>-35,6</b>	<b>-42,6</b>
Metallerzeugung	-43,4	-43,9	-42,7
Metallerzeugnisse	-37,8	-37,2	-39,0
DV, Elektronik, Optik	-18,6	-15,0	-21,8
Elektrische Ausrüstungen	-41,2	-42,1	-40,0
Maschinenbau	-53,8	-54,3	-53,3
Autoindustrie	-35,4	-21,7	-42,9

Quelle: Statistisches Bundesamt

Betrachtet man die Entwicklung der Auftragseingänge saisonbereinigt und im Vergleich zum jeweiligen Vormonat, scheint sich der Abwärtstrend leicht abzuschwächen. So ging der Auftragseingang im April 2009 „nur“ noch um 2,4 Prozent zurück. Wahrscheinlich ist dies eine Folge der sogenannten „Umweltprämie“ in der Automobilindustrie. Ein Hinweis darauf, dass die konjunkturelle Talsohle damit erreicht wurde, kann daraus nicht abgelesen werden.

Laut Ifo-Institut (April 2009) reichen die **Auftragsbestände** in der Metall- und Elektroindustrie durchschnittlich noch 2,6 Monate. Damit liegt die Auftragsreichweite deutlich unter dem Fünfjahresdurchschnitt (3,3 Monate).

### Rückläufige Produktion und Produktivität

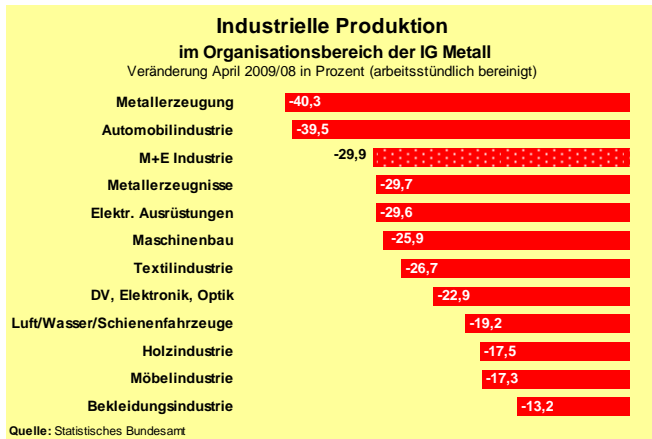
Zeitverzögert zu den Aufträgen geht die **Produktion** zurück, im April 2009 gegenüber dem Vorjahresmonat um 29,9 Prozent (arbeitsstündlich bereinigt). Das war der siebte Monat in Folge. Besonders stark sind die Rückgänge seit Anfang 2009. 2008 nahm die Produktion nur um 1,8 Prozent zu, eine Folge des schlechten vierten Quartals (-7,4%). Im ersten Vierteljahr 2009 setzte sich der Produktionsrückgang dramatisch fort. Die Produktion lag um etwa ein Viertel unter dem Vorjahresniveau (-25,2%). Besonders hart traf es im April die Metallerzeugung (-40,3%), Kraftwagen und -teile (-39,5%) und die Metallerzeugnisse (-29,7%).

Im Jahr 2008 stieg der **Umsatz** noch um 2,8 Prozent auf fast 920 Milliarden Euro. Im ersten Vierteljahr 2009 gab es gegenüber der Vorjahresperiode einen massiven Einbruch (-24%), und im April um 33,9 Prozent. Beson-





ders hart getroffen wurden die Metallherzeugung (-46%) und Kraftwagen und -teile (-39,3).



Dabei ging im ersten Quartal der **Inlandsumsatz** (-19,5%) nicht so stark zurück wie der **Auslandsumsatz** (-27,8%). Ebenso im April: (Inland: -28,6%, Ausland: -38,4%). Besonders stark getroffen wurden beim Inlandsumsatz industrielle Vorleister wie die Metallherzeugung (-46,6%). Besonders starke Rückgänge beim Auslandsumsatz verzeichneten die Automobilindustrie und Metallherzeugung (-45,2%).

Die **Produktivität** in der Metallindustrie sinkt seit Monaten, weil die Produktion stärker zurückgeht als das Arbeitsvolumen. Das ist in Krisenfällen ein normales und zeitweiliges Phänomen. Im ersten Quartal 2009 ging die Produktivität um 17,7 Prozent zurück, im April um 19,2 Prozent (jeweils gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Die stärksten Produktivitätsrückgänge gab es in den Branchen Kraftwagen und -teile (-25,3%) und Metallherzeugung (-23,9%)

**Lohnstückkosten steigen krisenbedingt**

Mit der sinkenden Produktivität steigen die **Lohnstückkosten** drastisch an. Die Ursache dafür sind die krisenbedingten Nachfrageausfälle. Die Wettbewerbsperformance hingegen ist nach wie vor excellent. Im ersten Quartal 2009 sind die Lohnstückkosten um 28,9 Prozent angestiegen, im April sogar um 39 Prozent (gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Die höchsten Steigerungsraten verzeichneten im April mit über vierzig Prozent die Branchen Metallherzeugung, Maschinenbau, Elektrische Ausrüstungen und die Automobilindustrie.

**Beschäftigungsabbau setzt ein**

Die **Beschäftigung** legte in den beiden letzten Jahren konjunkturell bedingt um fast 220.000 zu. Im Jahresdurchschnitt 2008 lag sie bei gut 3,6 Millionen. Im ersten Quartal 2009 erhöhte sich der Beschäftigungsstand gegenüber dem ersten Vierteljahr 2008 minimal um 0,1 Prozent. Durch den Abbau von Arbeitszeitguthaben und dem vermehrten Einsatz von Kurzarbeit konnte das Beschäftigungsniveau weitgehend gehalten werden. Allerdings wurden viele Leiharbeiter abgebaut, die statistisch nicht bei der Metall- und Elektroindustrie erfasst werden.

**Kurzarbeit in der M+E-Industrie**

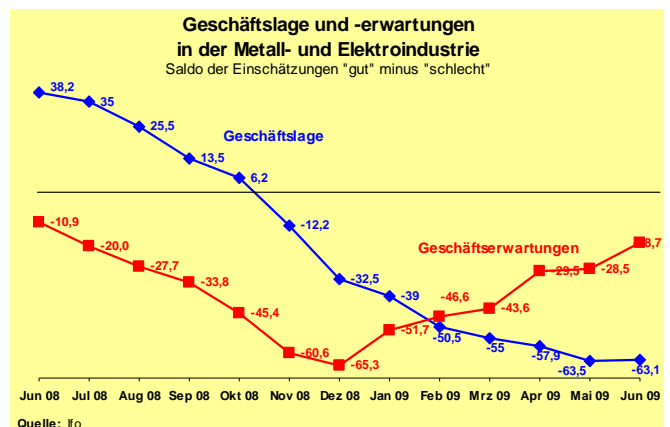
Im März 2009 gab es rund 730.000 Kurzarbeiter in der Metall- und Elektroindustrie. Das sind 60 Prozent aller Kurzarbeiter. Die Ausfallzeiten durch die Kurzarbeit beziffern sich auf 32 Prozent des regulären Arbeitsvolumens. Damit sichert die Kurzarbeit allein in der Metall- und Elektroindustrie 240.000 Arbeitsplätze. Kurzarbeit trägt auch dazu bei, Qualifikationen und eingespielte Arbeitsabläufe in den Betrieben zu erhalten.

Seit zwei Monaten sinkt nun auch in der Metall- und Elektroindustrie die Beschäftigung (März: -0,8%, April: -1,7%) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat. Darüber hinaus wird seit Monaten vielen Leiharbeitenden gekündigt (keine detaillierten Angaben für M+E möglich).

In den Einzelbranchen der Metall- und Elektroindustrie gab es im April unterschiedliche Beschäftigungsentwicklungen. Besonders stark ging die Beschäftigung bei den Herstellern von Datenverarbeitungsgeräten, Elektronik und Optik (-5,5%) und bei den Produzenten von Metallherzeugnissen (-2,5 Prozent) zurück. Im Maschinenbau war der Beschäftigungsstand noch konstant (+0,1%). Es gab sogar leichte Zuwächse: im Schienenfahrzeugbau (+2,0%) und im Luft- und Raumfahrzeugbau (+3,6%).

**Geschäftslage und Erwartungen**

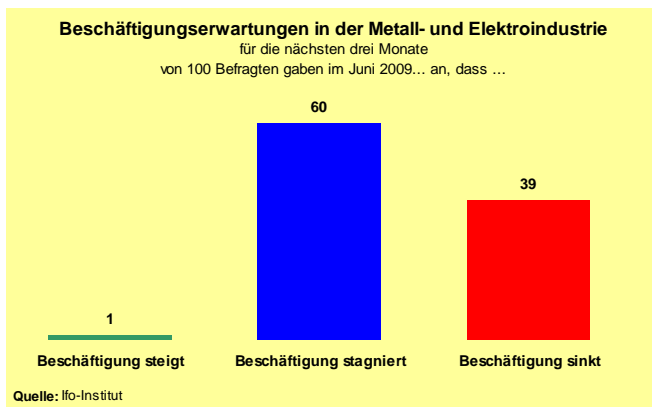
Der **Geschäftsklimaindex** des Ifo-Instituts wird aus dem Saldo der **Geschäftslage** und dem Saldo der **Geschäftserwartungen** für die jeweils nächsten sechs Monate gebildet. Während sich die aktuelle Geschäftslage in den befragten Unternehmen seit mehr als einem Jahr kontinuierlich verschlechtert, hatten die Geschäftserwartungen im Dezember 2008 ihren vorläufigen Tiefpunkt erreicht. Seitdem werden sie zwar von Monat zu Monat besser. Im Saldo von guten und schlechten Erwartungen rechnen allerdings immer noch 19 Prozent der Betriebe für die nächsten sechs Monate mit einer negativen Geschäftslage. Das trifft auch für die **Produktionspläne** (-25%) und die **Exportserwartungen** (-23%) der nächsten drei Monate zu.



Die **Beschäftigungserwartungen** geben Anlass zur Sorge. Sie sind seit mehr als einem Jahr auf Beschäftigungsabbau eingestellt. Wenn bislang die Zahl der Beschäftigten bislang konstant blieb, ist dies der Kurzarbeit zu verdanken. (Kurzarbeit sichert Beschäftigung).

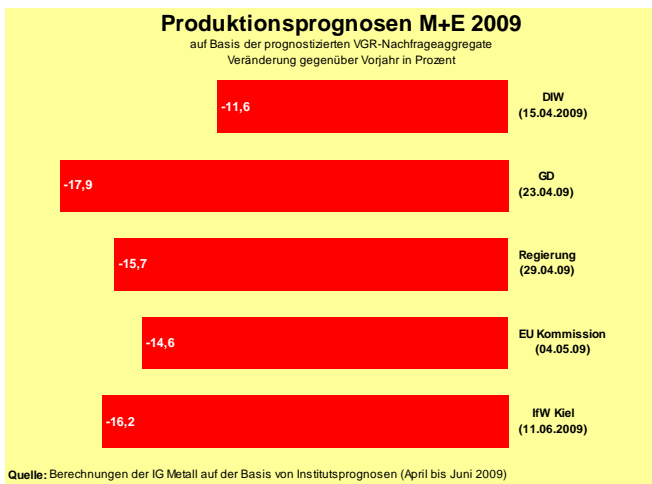


Im Juni gaben fast vierzig Prozent der M+E-Betriebe an, in den nächsten drei Monaten Beschäftigung abbauen zu wollen. Und siebzig Prozent wollen kurz arbeiten lassen.



### Perspektiven

Die **Produktionsprognosen** für die Metall- und Elektroindustrie, abgeleitet aus den Prognosen für die volkswirtschaftlichen Nachfrageaggregate Export, Ausrüstungsinvestitionen und privater Konsum, haben sich seit April mehrmals verschlechtert. Die Spannweite der Prognosen für die Metall- und Elektroindustrie, abgeleitet aus den aktuellen Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute (April bis Juni 2009), reicht derzeit von minus 11,6 Prozent (DIW) bis minus 17,9 Prozent (Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2009). Die jüngste Branchenprognose der Commerzbank sieht die M+E-Produktion sogar um über zwanzig Prozent schrumpfen.



## 3. Das weltwirtschaftliche Umfeld

### Globale Rezession

Die gesamte Weltwirtschaft befindet sich gegenwärtig in einer tiefen Rezession. In den Industrieländern ist die Nachfrage trotz zahlreicher expansiver Maßnahmen der Geld- und Finanzpolitik eingebrochen. Von ihnen ausgehend kam es zu einer Krisenübertragung rund um den Globus. Weltweit wurde die **Industrieproduktion** massiv reduziert. Zudem hat die Finanzkrise und die

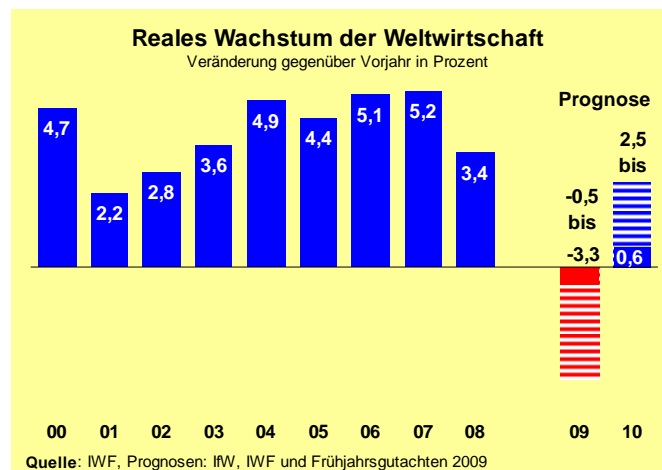
Verschlechterung der Nachfrage zur Aufgabe von Investitionsprojekten geführt. Schließlich ist auch die Finanzierung durch Handelskredite schwieriger geworden.

Das hat schwerwiegende Folgen für den **Welthandel**. Nach Angaben der OECD ist er im November und Dezember 2008 um je 10 Prozent und Anfang 2009 um 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Entsprechend fiel der Einbruch der Produktion dort am stärksten aus, wo die exportorientierte Industrieproduktion eine wichtige Rolle spielt, also in Deutschland, aber auch in einigen ostasiatischen Ländern wie Japan und Korea. Die großen Schwellenländer China und Indien befinden sich zwar auch im Abschwung, die beiden Volkswirtschaften verzeichnen aber noch positive Wachstumsraten.

Der Rückgang der globalen Nachfrage hat zum Verfall der **Rohstoffpreise** geführt. Der Ölpreis hat gegenüber seinem Höchststand im Juli 2008 um 60 Prozent nachgegeben. Der IWF erwartet einen Ölpreis von nur noch 50 Dollar pro Barrel in 2009. Auch Metalle und Nahrungsmittel sind deutlich billiger geworden. Der Rohstoffpreisverfall trifft die Länder unterschiedlich. Während die Rohstoffexporteure Einnahmeeinbußen hinnehmen haben, werden Länder, die stark vom Import dieser Produkte abhängig sind, entlastet.

### Prognose 2009: Schrumpfende Weltwirtschaft

Ein Ende der Krise der Weltkonjunktur ist derzeit noch nicht in Sicht. Ähnlich wie für die deutsche Konjunktur wurden die Prognosen für die Weltwirtschaft in nie gekanntem Tempo nach unten revidiert. Nach der derzeit noch aktuellen Prognose des Internationalen Währungsfonds vom April wird das Welt-Sozialprodukt in diesem Jahr um 1,3 Prozent schrumpfen. Das wäre der erste Rückgang des Weltbruttoinlandsprodukts seit 60 Jahren. 2010 rechnet der Internationale Währungsfonds wieder mit einem Anstieg des weltweiten Bruttoinlandsprodukts um 1,9 Prozent.





### Rückläufiger Welthandel

Zum ersten Mal seit 1982 wird 2009 auch **der Welthandel** schrumpfen. 2008 war er noch - um geringe zwei Prozent – gewachsen. Die Welthandelsorganisation (WTO) prognostiziert einen Rückgang der Exporte um weltweit neun Prozent. In den Industrieländern wird der Rückgang mit zehn Prozent besonders kräftig ausfallen. Schwellen- und Entwicklungsländer werden 2009 zwei bis drei Prozent weniger exportieren können. Am stärksten spürbar wird weltweit der Rückgang der Exportnachfrage aus den USA sein. Davon sind besonders China, Mexiko, Mittelamerika, aber auch Deutschland und Japan betroffen. Die deutsche M+E-Industrie, deren Umsatz zu mehr als 50 Prozent auf den Export ausgerichtet ist, wird davon besonders hart getroffen.

Wachstumsprognosen für 2009 und 2010			
Veränderung reales BIP gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
	2008	2009	2010
Welt	3,2	-1,3	1,9
Industrieländer	0,9	-3,8	0,0
- USA	1,1	-2,8	0,0
- Euroraum	0,9	-4,2	0,4
- Japan	-0,6	-6,2	-0,5
Schwellen- und Entwicklungsländer	6,1	1,6	4,0

Quelle: IWF, April 2009

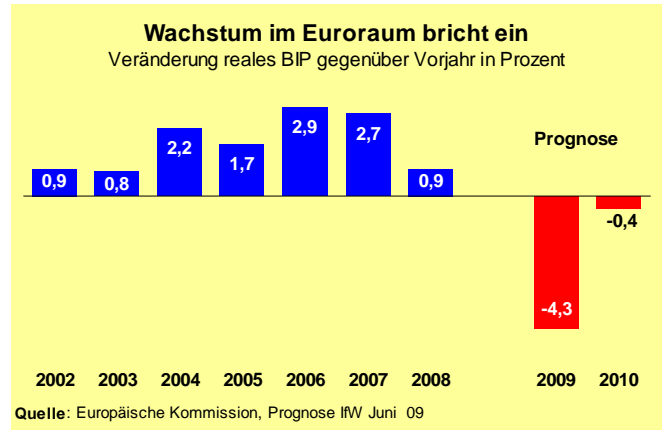
### Die Weltregionen im Einzelnen

**Europa:** 57 Prozent der Ausfuhren der M+E-Industrie gehen in die EU, 36 Prozent in die Eurozone. Die Entwicklung dort ist von erstrangiger Bedeutung für die M+E-Industrie. Der EU insgesamt droht nach der jüngsten Prognose des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel 2009 ein Minus des BIP von vier Prozent, dem Euro-Währungsraum ein Minus von 4,3 Prozent (Prognosewerte auch im Folgenden: IfW, Juni 2009).

**Großbritannien** ist von der Finanzmarktkrise und dem Platzen der dortigen Immobilienblase erheblich stärker betroffen als die übrigen Länder Europas. Trotzdem fällt der Wirtschaftseinbruch nicht überproportional groß aus (-3,5 Prozent). Ganz anders in **Irland**, das ebenfalls besonders stark unter der Finanzmarktkrise leidet. Hier schlägt die Krise massiv auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung durch (-9,0 Prozent!). Irland gehört zu den Ländern, bei denen über einen möglichen Staatsbankrott spekuliert wird. **Spanien** trifft es trotz einer heftigen Überhitzung des Immobilienmarktes mit -3,4 Prozent nicht so stark. **Frankreich** (-3,2 Prozent) soll deutlich besser durch die Krise kommen als Deutschland (-6,0 Prozent). Auch die **skandinavischen Staaten** werden 2009 Wachstumseinbrüche haben. Obwohl sie länger als der Rest Europas der Krise widerstehen konnten, wird in diesem Jahr die Wirtschaft auch dort schrumpfen, mit -3,5 Prozent in **Dänemark** und -3,8 Prozent in **Schweden**.

In **Mittel- und Osteuropa** finden sich viele Länder mit hohen Leistungsbilanzdefiziten und/oder solche, deren Schulden in großem Umfang auf Fremdwährungen lauten. Dort geraten die Währungen unter Druck und sie bekommen nicht genügend Kredite, um etwas gegen

die Krise unternehmen zu können. Davon sind besonders Ungarn, die Ukraine, die Baltischen Staaten, Rumänien und Bulgarien betroffen. Vor allem Lettland (-15 Prozent) und Estland (-10 Prozent) kämpfen mit einem dramatischen Einbruch ihrer Ökonomien. In den übrigen osteuropäischen Beitrittsstaaten bremst die Krise die wirtschaftliche Dynamik, sie schrumpfen aber nicht so stark wie die alten Mitgliedstaaten.



Die **USA** können nicht länger die Konjunkturlokomotive der Welt sein. Sie stehen aus zwei Gründen im Zentrum der Krise:

Zum einen fand die Finanzmarktkrise hier mit der Subprime-Krise am Immobilienmarkt ihren Ausgangspunkt. Als die Hauspreise fielen, wurde nicht mehr gebaut und der amerikanische Bankensektor war als erster und in besonderem Ausmaß betroffen. Die USA hatten früher als Deutschland unter einer Kreditklemme zu leiden.

Die USA haben seit Jahren ihren Wohlstand und ihr Wachstum zu einem erheblichen Teil über internationale Schulden finanziert. Der Anteil des privaten Konsums am BIP hatte 2007 72 Prozent erreicht (Deutschland 60 Prozent). Jahrelang haben die Konsumenten in den USA die Weltkonjunktur in Schwung gehalten. Die Sparquote ging vor dem Ausbrechen der Krise auf nahe Null zurück und die laufenden Kreditzahlungen erreichten 14 Prozent des verfügbaren Einkommens.

All das führte zu einem gewaltigen Defizit in der Handels- und Leistungsbilanz. Eines der reichsten Länder der Welt lebte in hohem Maße von Kapitalzuflüssen aus dem Rest der Welt, zunehmend aus Schwellenländern wie China.

**Perspektive:** Prognosen des IWF gehen davon aus, dass die USA nach einem Einbruch des BIP von 2,8 Prozent in 2009 im Gesamtjahr 2010 stagniert und erst im dritten Quartal 2010 wieder positive Wachstumsraten erreichen wird.

Das 787 Milliarden US-Dollar schwere Konjunkturprogramm macht 5,6 Prozent des BIP aus und ist im internationalen Vergleich sehr großzügig dimensioniert. Allerdings besteht über ein Drittel des Pakets aus Steuerenkungen, die weder zu mehr Investitionen führen noch an Leute fließen, die das Geld auch ausgeben.



Der Rest geht in die Bereiche Infrastruktur, erneuerbare Energien, Bildung, Gesundheit und soziale Absicherung in Form direkter Einkommenshilfen. Es wird damit direkt nachfragewirksam. Auf tatsächliche Investitionen, die auch langfristig zu Wachstum und zusätzlichen Arbeitsplätzen führen, entfallen aber nur 150 Milliarden Dollar oder 20 Prozent des Gesamtpakets.

Sehr aggressiv versucht die amerikanische Notenbank FED die Konjunktur und den Finanzsektor zu stützen. Im März wurde angekündigt, über eine Billion Dollar zusätzliche Liquidität in den Markt zu pumpen. Teilweise geschieht dies am Finanzsektor vorbei durch direkte Kreditvergabe an den Staat, Unternehmen und Konsumenten.

Die **Schwellenländer** sind von der Krise voll erfasst. Die sogenannte Abkopplungsthese hat sich als falsch erwiesen. Ihre Nachfrage kann die Nachfragerückfälle der USA auf den Weltmärkten nicht ausfüllen. Obwohl sie am System des Kasinokapitalismus nicht beteiligt waren, werden ihre ohnehin verwundbareren Volkswirtschaften hart von dem Schock getroffen.

Nach den Prognosen von IWF, UNO und IfW wird die Wirtschaft in den Schwellen- und Entwicklungsländern auch 2009 noch wachsen. Ein Wachstum von 1,3 bis 2,5 Prozent, wie es für 2009 prognostiziert wird, reicht für Entwicklungs- und Schwellenländer angesichts des Bevölkerungswachstums nicht aus. Für sie ist ein Ende der Finanzkrise besonders wichtig, damit wieder Mittel für deren Entwicklung zur Verfügung stehen.

Die Weltbank fordert einen globalen Marshall-Plan von zwei Billionen Dollar für die ärmsten Entwicklungsländer. Er soll von den USA und devisenstarken Schwellenländern wie China und den Öl-produzierenden Staaten finanziert werden.

Hoffnungsträger **China** ist von der Rezession in den Industrieländern besonders hart betroffen. Von 2002 bis 2007 sind die chinesischen Exporte im Durchschnitt um 25 Prozent pro Jahr gestiegen. 2008 werden es nur noch 17 Prozent sein. Im November und Dezember sind die Exporte sogar zurückgegangen. Im November schrumpfte die Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahresmonat um 12 Prozent. Besonders betroffen vom Rückgang der Exporte und der Inlandsnachfrage waren die Branchen Stahl und Chemie. Die Autoproduktion ist 2008 noch gewachsen, aber die Zuwachsraten waren die niedrigsten seit zehn Jahren.

**Perspektive:** Auch für China erzwingt die Krise ein Ende des investitions- und exportgetriebenen Wirtschaftsmodells. Der Anteil des privaten Konsums am BIP beträgt in China nur 35 Prozent. Daher kann in China ein Prozent Wachstum des privaten Konsums das Wirtschaftswachstum um 0,8 Prozent anheben. Das IfW Kiel erwartet für China 2009 ein Wachstum von 6,5 Prozent. China hat gute Voraussetzungen, die Krise relativ schnell zu überwinden, wenn soziale Verbesserungen - verbunden mit entsprechenden auf die Binnenwirtschaft ausgerichteten Investitionen - die Nachfrage auf den Binnenmarkt umlenken.

### Konjunkturprogramme weltweit

Weltweit wurden umfangreiche Konjunkturpakete aufgelegt. Die Überwindung der Krise hängt vom Umfang und von der Schnelligkeit der Konjunkturpakete, niedrigen Realzinsen und der Sanierung der Finanzmärkte ab. Deshalb mahnt der IWF, wie bereits im Januar, große Konjunkturpakete an, die die Nachfrage stützen sollen. Das geht auch und vor allem an die Adresse der europäischen Länder. Der IWF kritisiert das Krisenmanagement der G20-Länder. Die Konjunkturprogramme der größten Industrie- und Schwellenländer seien in der Summe unter der IWF-Empfehlung von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts geblieben.

**Konjunkturprogramme im internationalen Vergleich**

Land	Umfang (in Mrd. €)	Wichtige Maßnahmen
Deutschland	65,3 bis 2010	Öffentliche Investitionen 20 Mrd. Steuer- u. Abgabensenkungen 26,3 Mrd. Beschäftigungssicherung 5,9 Mrd. Rückzahlung Pendlerpauschale 7,0 Mrd.
USA	ca. 600 bis 2010	Steuersenkungen ca. 125 Mrd. Aufstockung soziale Leistungen ca. 45 Mrd. Öffentliche Investitionen ca. 115 Mrd. Finanzhilfen für Bundesstaaten ca. 65 Mrd.
China	ca. 400 bis 2010	Öffentliche Investitionen Förderung ländlicher Regionen Steuerentlastungen für Unternehmen
Japan	255	Bargeld für Private Haushalte Zuschuss zu Hypothekenzahlungen Kreditgarantie für den Mittelstand
Frankreich	52,4	Mittelstandskredite 22 Mrd. Ausbau Glasfasernetz 10 Mrd. Staatsfonds zur Stützung von Unternehmen 20 Mrd.
Großbritannien	23,7	Senkung der Mehrwertsteuer 14,7 Mrd. Öffentliche Investitionen 3,5 Mrd.

Ein Abrutschen in die **Deflation** muss durch umfangreiche Konjunkturprogramme verhindert werden. Die Gefahr für die Weltwirtschaft besteht darin, nicht nur in eine Rezession, sondern über eine langjährige Deflation in die Depression zu geraten. Speziell in einigen G7-Staaten ist die Deflationsgefahr nach Meinung des IWF höher als im Rest der Welt. Erstmals wird für 2009 in



den Industriestaaten ein um 0,2 Prozent fallendes Preisniveau erwartet. Bei einem nachhaltigen Rückgang im Preisniveau wird die gesamte Wirtschaftsaktivität zurückgefahren.

Ohne die Hilfe der **Fiskalpolitik** ist der Deflationsgefahr nicht zu entkommen. Rettungspakete der Regierungen müssen einen Flächenbrand unter Kontrolle bekommen, bevor er sich ausweitet.

Das bestätigen auch Analysen der Deka-Bank. Danach hat der Umfang der rund um den Globus geschnürten Konjunkturpakete zwar einen Wert von insgesamt 4,7 Prozent des Weltbruttoinlandsprodukts. Bei der regionalen Verteilung des Konjunkturstimulus ist Asien der Vorreiter, knapp gefolgt von den USA. Europa, der Nahe Osten und Afrika sind weit abgeschlagen. Berücksichtigt man, dass die Programme über mehrere Jahre verteilt sind, wird klar, dass der bisherige Umfang nicht ausreichend ist.

Im Vorfeld des G-20-Gipfels standen sich die Positionen gegenüber: Bessere Regulierung der Finanzmärkte oder größere Konjunkturpakete. Eine unsinnige Debatte, denn zur Überwindung der Krise ist beides notwendig. **Eine zweite Welle von Konjunkturprogrammen wird bereits aufgelegt.** Vorreiter ist Japan, das ein weiteres Programm im Volumen von 150 Milliarden Euro plant. Gerade Deutschland steht international in der Kritik, zu wenig zur Stützung der Konjunktur beizutragen. Zwar sind die deutschen Aktivitäten im europäischen Vergleich durchaus kräftig, doch als Überschussland hat Deutschland auch eine besondere Verantwortung.

## **Wirtschaftspolitische Informationen**

03 / 2009

23. Juni 2009

### **Autoren:**

Ulrich Eckelmann, Wilfried Kurtzke,  
Martin Krämer, Margit Köppen

### **Layout und Vertrieb:**

Sabrina Kirvel, Sarah Menacher

### **Bezugsmöglichkeiten:**

IG Metall Vorstand  
Wirtschaft, Technologie, Umwelt  
D-60519 Frankfurt am Main  
Telefon: +49 (69) 6693 2638/2091  
Fax: +49 (69) 6693 80 2638  
Mail: [wi@igmetall.de](mailto:wi@igmetall.de)  
online: [www.igmetall.de/download](http://www.igmetall.de/download)

Abonnement der wirtschaftspolitischen Publikationen  
per mail an : [sarah.menacher@igmetall.de](mailto:sarah.menacher@igmetall.de)